

Der Einsatz von Online-Tools durch Parteien – Am Beispiel von onlineantrag.spd.de¹

Katharina Hanel/Stefan Marschall

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Herausforderungen an die intermediäre Leistung von Parteien wie dem seit Jahren zu beobachtenden Mitgliederschwund (van Biezen et al. 2012) und der zunehmenden sozialen und kommunikativen Komplexität der Gesellschaft (Lilleker et al. 2010; Neugebauer 2007; Welzel 2009) versuchen Parteien neue Anreize und Möglichkeiten zur Partizipation zu schaffen. Dabei experimentieren sie auch mit internetbasierten Beteiligungsverfahren.²

Im Hinblick auf die Organisation von Parteien wird dem Internet das Potential zugesprochen, die Strukturen der etablierten Parteien durch eine Stärkung der Mitglieder demokratisieren zu können (u.a. Bieber 2011; Gibson et al. 2003). Dieser Sichtweise steht die eher pessimistische Perspektive gegenüber, das Internet trage zu einer Stärkung des Parteimanagements bei, befördere also die ohnehin vorhandenen „top-down“ Organisations- und Kommunikationsstrukturen von Parteien (u.a. Hindman 2008; Wiesendahl 2002). Der Einsatz von Online-Tools diene letzten Endes nicht einem „conversational interactive process“, sondern vielmehr „promotional purposes“ (Lilleker et al. 2010).

Zeichneten sich die internetbasierten Angebote von Parteien in den Anfangsjahren politischer Online-Kommunikation noch durch unidirektionale Informationsangebote mit „klar verteilten Sender- und Empfängerrollen“ (Bieber 1999, S. 102) aus, so nutzen Parteien heute verstärkt Online-Tools auch zur Konsultation und zum Dialog mit ihren Mitgliedern und Sympathisanten (Bieber 2011). In

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine in Teilen überarbeitete Version des Aufsatzes der beiden Autoren mit dem Titel „Die Nutzung kollaborativer Online-Plattformen durch Parteien: ‚Top-down‘ oder ‚Bottom-up‘“ (erschieden in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 22 (2012): 5-34).

2 Beispiele sind unter anderem: Die Grünen: Deine Fragen zu unseren Inhalten: <http://www.gruene.de/partei/deine-fragen-zum-gruenen-wandel/katrin-beantwortet-deine-frage.html>; FDP: Meine Freiheit, URL: <https://network.meine-freiheit.de>; SPD Bundestagsfraktion: Zukunftsdiallog, URL: <https://zukunftsdiallog.spdfraktion.de>; Die Linke: Programmdebatte, URL: www.dielinke.adhocracy.de/instance/dielinke; CDU: Was mir am Herzen liegt, URL: <https://www.regierungsprogramm.cdu.de/> sowie FDP (Bayern): New Democracy, URL: <https://www.newdemocracy.de/?skin=fdp&member=1>, alle 16.04.2013.

einigen Fällen gehen die Parteien eine Stufe weiter und setzen kollaborative Online-Plattformen ein, die es ermöglichen, gemeinsam Positionen zu erarbeiten, Meinungsbilder zu erzeugen und Abstimmungen durchzuführen. Insbesondere die Piratenpartei sticht hierbei hervor, die kollaborative Online-Plattformen („LiquidFeedback“) umfassend für ihre innerparteilichen Willensbildungs- und zum Teil auch Abstimmungsprozesse nutzt (Vogelmann 2012). Aber auch die etablierten Parteien greifen auf solche Plattformen zurück. Im Mittelpunkt der Fallstudie steht der Einsatz einer solchen Beteiligungsplattform im Vorfeld des Bundesparteitags der SPD im Dezember 2011.

1. Fallstudie: onlineantrag.spd.de

Untersuchungsgegenstand der Fallstudie ist die kollaborative Online-Plattform „onlineantrag.spd.de“.³ Vom 4. August bis zum 19. September 2011 konnten sowohl Mitglieder der SPD als auch Nichtmitglieder auf dieser Plattform an der Erstellung eines Leitantrags für den Bundesparteitag im Dezember 2011 mitwirken. Konkret ging es dabei um Formulierungsvorschläge für das Kapitel „Arbeit und Wirtschaft“ des Leitantrags „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Digitalen Gesellschaft“.⁴

Die Fallstudie gibt zunächst Aufschluss darüber, inwieweit von der Möglichkeit zur inhaltlichen Mitgestaltung des Antragskapitels Gebrauch gemacht wurde und welche Partizipationsformen auf der Plattform mit welcher Intensität genutzt wurden. Außerdem wird analysiert, in welcher Form der online generierte Input der User aggregiert wurde und in das auf dem Parteitag zur Abstimmung vorgelegte Antragskapitel eingeflossen ist. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Fallstudie wird abschließend diskutiert, ob die Verwendung solcher Online-Tools die Rolle der Parteiführung stärkt („top-down“) oder ob es durch den Einsatz online-basierter Beteiligungsplattformen zu einer Verlagerung von Macht auf die Parteibasis kommt („bottom-up“). Dabei wird auch berücksichtigt, wie sich die Formateigenschaften des verwendeten Tools auf die Instrumentalisierungsmöglichkeiten der Parteiführung auswirken.

Wie bei explorativen Fallstudien üblich wurde eine Kombination unterschiedlicher Methoden angewendet (vgl. Häder 2010): Außer auf einer Struktur- und

3 Die Plattform ist mittlerweile offline. Die Inhalte wurden durch die Verfasser gesichert.

4 Siehe SPD (2011): Antragsbuch zum ordentlichen Bundesparteitag 2011 unter www.spd.de/linkableblob/19322/data/2011_bpt_antragsbuch.pdf, 3.12.2012

Inhaltsanalyse⁵ der Plattform beruht die Untersuchung auf einer teilnehmenden Beobachtung sowie leitfadengestützten Experteninterviews mit Projektverantwortlichen (vgl. Blatter et al. 2007).⁶

2. Entstehungshintergrund

Die Idee, Parteimitglieder und Bürger über ein Online-Verfahren an der Entwicklung eines Antragskapitels für den Parteitag zu beteiligen, entstand vor dem Hintergrund der laufenden Organisationsreform der SPD (vgl. Klug 2012). Mit dem Online-Antragsverfahren wollte man die geplante Modernisierung der Parteiorganisation auch nach außen sichtbar machen.⁷ Ziel des Einsatzes des Beteiligungsverfahrens war unter anderem, „jungen Menschen, die sich nicht ortsgebunden in Gliederungen der Partei engagieren können oder wollen, sowie für Menschen, die nur themenbezogen in einer Partei mitarbeiten wollen, erstmalig eine einflussreiche politische Partizipationsmöglichkeit über das Netz“ zu bieten (Bücker 2011, S. 16). Beteiligte Akteure innerhalb der Partei waren als formale Antragstellerinnen die Medienkommission beim Parteivorstand sowie das SPD-Newsdesk des Parteivorstands, das in der Parteizentrale angesiedelt ist.⁸ Als Gegenstand für das online-basierte Beteiligungsverfahren wurde – auch als Reaktion auf die Erfolge der Piratenpartei – ein netzpolitisches Thema gewählt.⁹ Die Parteimitglieder wurden über die parteiinternen Kommunikationswege, auf der Homepage der SPD (www.spd.de) sowie über den Youtube-Kanal der Partei („SPDvision“) über das Online-Antragsverfahren informiert und zur Teilnahme aufgefordert.

Für die technische Umsetzung der Beteiligungsplattform („onlineantrag.spd.de“) arbeitete die SPD mit dem Verein Liquid Democracy e.V. zusammen. Der

5 Die Inhaltsanalyse wurde auf Basis einzelner Textbeiträge („Vorschläge“) auf der Plattform sowie anhand von Textelementen des fertigen Antrags vorgenommen.

6 Es wurden drei Experten befragt: Tobias Nehren, zum Zeitpunkt der Befragung Mitarbeiter im SPD Newsdesk, Daniel Reichert, Mitbegründer und Vorstandsvorsitzender des Vereins Liquid Democracy, und Eva Breitbach, Community Managerin der Beteiligungsplattform. Die Interviews wurden in digitaler Form aufgenommen, anschließend mit der Software f4 transkribiert und im Hinblick auf wichtige Aussagen zu den Phasen der Fallstudie analysiert.

7 Interview Nehren.

8 Das Newsdesk des SPD-Parteivorstands bezeichnet eine neu geschaffene, eigenständige Redaktion, die das 2010 neu konzipierte Partei- und Nachrichtenportal spd.de betreut (Bücker 2011).

9 Interview Nehren. Siehe auch den Artikel „Piraten im Umfragehoch. Strategie gegen den Freibeuter-Angriff“ in der Zeitschrift Stern vom 10.4.2012 (www.stern.de/politik/deutschland/piraten-im-umfragehoch-strategien-gegen-den-freibeuter-angriff-1811664.html, 15.11.2012).

Verein stellt die Open-Source- und Social-Software „Adhocracy“ als technische Basis für Diskussions- und Abstimmungsplattformen bereit, die von den Anwendern für ihre jeweiligen Zwecke angepasst werden kann.

3. Plattformstruktur und Aktivitäten auf der Plattform

Für „onlineantrag.spd.de“ wurde zum ersten Mal in einem Adhocracy-basierten Beteiligungsverfahren ein Community Management eingesetzt, um den Prozess auf der Plattform zu begleiten.¹⁰ Personen, die sich auf der Plattform an dem Antragsverfahren beteiligen wollten, mussten sich zunächst online registrieren – entweder mit ihrem Klarnamen oder anonym. Die Aktivitäten auf der Plattform waren auch für nicht-registrierte Internetnutzer während der Online-Phase vollständig einsehbar. Neben der Möglichkeit, mit eigenen Beiträgen und Bewertungen an der Diskussion teilzunehmen, hatten die angemeldeten Teilnehmer außerdem die Möglichkeit, ein persönliches Profil mit Informationen über ihre Person und einem Foto anzulegen. Die Parteimitgliedschaft wurde nicht abgefragt, ist von manchen Nutzern aber in ihrem persönlichen Profil angegeben worden.

Sechs seitens der Parteiverantwortlichen entwickelte Leitfragen zum Themenkomplex „Arbeit und Wirtschaft in der Digitalen Gesellschaft“ sollten den Input der registrierten Teilnehmer bei der Erstellung des Antragskapitels strukturieren. Die Teilnehmer waren eingeladen, gemeinschaftlich Antwortvorschläge zu diesen Fragen zu formulieren und zu diskutieren.

Das Beteiligungsverfahren war in zwei Phasen gegliedert: Über einen Zeitraum von sechs Wochen (4. August bis 13. September 2011) konnten die Teilnehmer Vorschläge zu den vorgegebenen Leitfragen formulieren. Außerdem war es möglich, Vorschläge anderer Teilnehmer zu kommentieren oder weiterzuentwickeln und Kommentare zu bewerten. In einer zweiten Phase (13. September bis 19. September 2011) konnte abschließend über die erarbeiteten Vorschläge abgestimmt werden. Die Vorschlagsentwürfe mit den meisten Unterstützern sollten der Beschreibung auf „onlineantrag.spd.de“ zufolge in die Formulierung des Antragskapitels einbezogen werden.

Insgesamt haben sich während des laufenden Verfahrens 408 Teilnehmer auf der Plattform registriert.¹¹ Diese haben im Untersuchungszeitraum insgesamt 77

10 Interview Daniel Reichert, Liquid Democracy. Community Manager operieren als Schnittstelle zwischen den Initiatoren von online-basierten Beteiligungsprozessen und den Teilnehmenden auf der Plattform.

11 Dazu zählen alle Teilnehmer mit dem Status „Wähler“. So wurden die Teilnehmer auf der Plattform bezeichnet, die nicht zum Organisationsteam gehörten. Die Organisatoren wurden als „Verwalter“ bezeichnet.

Vorschläge zu den vorgegebenen Leitfragen erstellt. Etwa die Hälfte dieser Vorschläge wies dabei weder zu den Leitfragen noch zum Thema des Leitantrags selbst einen inhaltlichen Bezug auf. Zu den Vorschlägen wurden 222 Kommentare abgegeben und 326 Abstimmungen vorgenommen. Betrachtet man die Verteilung dieser Aktivitäten auf die registrierten Teilnehmer, zeigt sich, dass eine Mehrheit von 66 Prozent (271 Nutzer) überhaupt nicht auf der Plattform aktiv war, den Prozess, wenn überhaupt, also nur passiv verfolgt hat. Rund ein Drittel (125 Nutzer) hat mindestens eine bis maximal zwei Partizipationsformen genutzt, während eine Minderheit von drei Prozent (12 Nutzer) von allen drei Beteiligungsformen Gebrauch gemacht hat. Die Option, kollaborativ Vorschläge zu erarbeiten, wurde ebenfalls kaum genutzt: 59 der 77 Vorschläge waren von ihren Verfassern erst gar nicht für die gemeinsame Bearbeitung auf der Plattform freigegeben worden. Die übrigen 18 Vorschläge waren zwar für die gemeinsame Bearbeitung geöffnet, tatsächlich wurden allerdings nur vier Vorschläge von mehreren Benutzern bearbeitet und weiterentwickelt.

4. Aggregation und Verarbeitung des Inputs

Nachdem die Diskussions- und Abstimmungsphase auf der Plattform abgeschlossen war, mussten die Ideen und Vorschläge der Teilnehmer in ein abstimmungsfähiges Antragspapier übertragen werden. In dieser Phase hatten die Teilnehmer allerdings keine Mitwirkungsmöglichkeiten, da der Verarbeitungsprozess von der Öffentlichkeit der Online-Plattform in die Partei verlagert wurde. So oblag die Auswahl und Verarbeitung des Inputs den beteiligten Mitarbeitern des SPD-Newsdesks, die dabei von der Community Managerin unterstützt wurden. Inwiefern das durch den Online-Prozess erstellte Meinungsbild zu den Vorschlägen als Kriterium für die Auswahl und Weiterverarbeitung der teilnehmergenerierten Beiträge in das Antragskapitel berücksichtigt wurde, lässt sich nicht nachhalten.

Bevor die Verarbeitung der 77 Vorschläge erfolgte, wurden diese durch das Community Management für alle Teilnehmer und Beobachter sichtbar mit dem Status „angenommen“ (25 Vorschläge), „abgelehnt“ (8 Vorschläge) oder „nicht zum Thema/anderes Thema“ (42 Vorschläge) versehen (siehe Tab. 1). Nach welchen Kriterien diese Labels vergeben wurden, erschließt sich nicht unmittelbar und widerspricht in Teilen sogar dem in der zweiten Prozessphase durch Abstimmung erzeugten Meinungsbild der Teilnehmer zu den Vorschlägen. So erhielten sechs Vorschläge trotz Bezugs zum Rahmenthema des Antrags und mehrheitlicher Zustimmung der Teilnehmer den Status „abgelehnt“. Einer dieser „abgelehnten“ Vorschläge wurde später wiederum in das Antragskapitel aufgenommen.

Tabelle 1: Einordnung der Vorschläge durch Teilnehmer und Community Management

Zustimmung		Abstimmung durch Teilnehmer			Gesamt
		Ablehnung	Ausgewogen		
Status durch	„angenommen“	24	0	1	25
Community	„abgelehnt“	6	0	2	8
Management	„anderes Thema“	21	5	16	42
	kein Status zugewiesen	0	0	2	2
Gesamt		51	5	21	77

Quelle: onlineantrag.spd.de, eigene Darstellung.

Aufschlussreich ist dann der Vergleich des online generierten Inputs mit dem fertigen Antragskapitel, das auf der Plattform und auf „spd.de“ veröffentlicht wurde. Im Antragskapitel finden sich Verweise auf 19 der 33 thematisch passenden Vorschläge. Zwölf weitere Vorschläge, die von den Teilnehmern mehrheitlich positiv bewertet wurden, finden sich dagegen nicht im Antragskapitel. Nach welchen Kriterien die 19 Vorschläge ausgewählt wurden, ist von den Initiatoren auf der Plattform nicht erläutert worden.

Im Rahmen der Fallstudie wurde des Weiteren ermittelt, wie groß der tatsächliche Textanteil der online-generierten Vorschläge am Antragskapitel in quantitativer und qualitativer Hinsicht war. Demnach sind rund 18 Prozent des Antragskapitels an den Input der Online-Diskussion angelehnt, allerdings mit unterschiedlich starkem Abstraktionsniveau: Sechs Vorschläge wurden wörtlich übernommen und auf sieben Vorschläge nimmt der Antragstext sinngemäß Bezug, während sich sechs Vorschläge nur mit sehr abstrakten Bezug im Antrag wiederfinden. Die Vorschläge wurden also mehrheitlich redaktionell bearbeitet, bevor sie in das Antragskapitel eingefügt wurden.

Mit der Veröffentlichung des fertigen Antragskapitels war der Beteiligungsprozess abgeschlossen. Die Teilnehmer hatten zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeiten mehr, das Ergebnis zu kommentieren oder zu diskutieren.

5. Einbringung auf dem Bundesparteitag

Das fertige Antragskapitel wurde als Teil des Leitantrags „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Digitalen Gesellschaft“ der Antragskommission des Bun-

desparteitags übergeben. Diese schlug eine Änderung vor¹² und empfahl den Parteitagsdelegierten die Annahme des Antrags. Der Leitantrag „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Digitalen Gesellschaft“ wurde am zweiten Tag des Parteitags im Antragsbereich M (Medien- und Kulturpolitik) durch Björn Böhning, den Sprecher des Gesprächskreises Netzpolitik des SPD-Parteivorstands, eingebracht und als Beschluss Nr. 36 von den Delegierten nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Das Online-Antragsverfahren wurde auf dem Parteitag explizit thematisiert. So beschrieb Björn Böhning den Antrag in seiner Einbringungsrede folgendermaßen:

„Dieser Antrag [...] ist ein gelebtes Zeichen der Öffnung der Partei. [...] An der Erstellung dieses Antrags waren sicher mehr Genossinnen und Genossen und auch Nichtmitglieder beteiligt, mehr als an jedem anderen Antrag, der Euch in diesem Antragsbuch vorliegt. [...] Dieser Antrag ist der demokratischste des Parteitags.“¹³

Auch Matthias Groote, MdEP, wies bei der Einbringung des Antrag auf die Bedeutung des Verfahrens hin: „Mehr Demokratie wagen 2.0! Das Experiment ist gelungen!“¹⁴ Ob und inwiefern diese normativ euphorischen Einschätzungen eingeschränkt werden müssen, wird abschließend diskutiert.

6. Diskussion und Fazit

Die dargestellte Fallstudie lässt eine eindeutige Beantwortung der eingangs formulierten Frage, ob der Einsatz von internetbasierten Teilnehmungsplattformen die vorherrschenden „top-down“-Strukturen innerhalb von Parteien herausfordert, nicht abschließend zu. Für diese These spricht zunächst einmal, dass das Online-Verfahren die Mitsprache von Parteimitgliedern effektiv ermöglicht hat – dies schlägt sich im Ergebnis in der (teilweise wörtlichen) Übernahme von Vorschlägen in das Antragskapitel nieder und unterstützt die Vermutung, dass solche Verfahren die Parteibasis, die „party on the ground“, stärken können. Hinzu kommt, dass Nichtmitglieder gleichberechtigt zu Parteibuchinhabern an diesem Prozess teilnehmen konnten. Hierin unterscheidet sich das Online-Verfahren er-

12 Diese betraf allerdings nicht das online erstellte Kapitel. Die Änderung der Antragskommission bezog sich auf Formulierungen im zweiten und vierten Kapitel des Leitantrags (vgl. Antragsbuch zum Bundesparteitag 2011, S. 410 und 419).

13 SPDvision, www.youtube.com/watch?v=2kA2X-hcdxU&feature=plcp, 15.5.2012

14 SPD Parteitag, www.spd.de/aktuelles/Parteitag_2011/21652/20111205_antrag_netzpolitik_parteitag.html, 15.5.2012

heblig von der üblichen Vorgehensweise bei der Erstellung von Leitanträgen für Parteitage, wie sie in der Satzung festgelegt ist.¹⁵

Allerdings hält die Fallstudie auch eine Reihe von Hinweisen darauf bereit, dass das Online-Antragsverfahren deutlich von den „top-down“-Strukturen geprägt wurde. Dies zeigt sich bereits bei der Auswahl des Themas: Die Partei hat mit der Netzpolitik ein Thema in den Mittelpunkt des Online-Antragsverfahrens gestellt, das per se und auch in Hinblick auf die auf dem Parteitag 2011 relevanten Themen (Europa, Soziales, Organisationsreform) nicht bedeutsam war. Darüber hinaus wurde das gesamte Online-Antragsverfahren „top-down“ initiiert und der Beteiligungsprozess selbst erheblich durch die beteiligten Akteure in der Partei vorstrukturiert und kontrolliert. Auch die intransparente und unstandardisierte Verarbeitung der Vorschläge nach Abschluss der Online-Phase spricht dafür, dass sich die Parteiführung maßgebliche Sicherungs- und Kontrollmöglichkeiten vorbehalten hat. So lag die abschließende Entscheidungskompetenz darüber, welche Vorschläge in welcher Form in das Antragskapitel übernommen wurden, nicht bei den Teilnehmern des Online-Antragsverfahrens, sondern bei den Verantwortlichen innerhalb der SPD.

Insgesamt werfen diese widersprüchlichen Befunde die Frage auf, ob es sich bei der Verwendung solcher Verfahren eher um eine symbolische Öffnung einer etablierten Partei handelt (vgl. Lilleker et al. 2010) als um eine intendierte Stärkung der „party on the ground“. Als hemmende Faktoren scheinen insbesondere machtstrategische Kalküle der Parteiführung sowie die Robustheit der Strukturen der Partei zu wirken. Außerdem sind solche Beteiligungsverfahren noch nicht in den Parteisatzungen etabliert, so dass die Ergebnisse von internetbasierten Beteiligungsverfahren derzeit keine formale Verbindlichkeit entfalten können. Hinzu kommt eine (noch) fehlende Online-Partizipationskultur bei Bürgern, Parteimitgliedern und Parteieliten. Diese könnte sich mittelfristig durch die Etablierung der Generation der „Digital Citizens“ (s. Beitrag Vowe) in der Gesellschaft – und in den Parteien – ändern.

15 SPD-Organisationsstatut, abrufbar unter: <http://www.spd.de/linkableblob/1852/data/Organisationsstatut.pdf>, 19.2.2013

Literatur

- Abelson, J. & Gauvin, F.-P. (2006). Assessing the Impacts of Public Participation: Concepts, Evidence and Policy Implications. In: *Canadian Policy Research Networks: Research Report 6*. Ottawa.
- Aichholzer, G. & Westholm, K. (2009). Evaluating eParticipation Projects: Practical Examples and Outline of an Evaluation Framework. In: *European Journal of ePractice 7*, 27-44.
- Bieber, C. (2011). Aktuelle Formen der Politik(v)ermittlung im Internet. In: *politische bildung 2*, 50-67.
- Bieber, C. (1999). *Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Blatter, J. K., Janning, F. & Wagemann, C. (2007). *Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bücker, T. (2011). Das Internet stärkt politisches Engagement – und somit die Parteien. Der Newsdesk im Willy-Brandt-Haus als Beispiel. In: *Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 11*, 13-17.
- Gibson, R. K., Nixon, P. & Ward, S. (2003). *Political Parties and the Internet. Net Gain?* New York: Routledge.
- Häder, M. (2010). *Empirische Sozialforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hindman, M. (2008). *The Myth of Digital Democracy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Klug, A. (2012). Die Organisationsreform der SPD 2010/2011. In: T. Mörschel & C. Krell (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven* (S. 159-174). Wiesbaden: VS Verlag.
- Kubicek, H. & Westholm, H. (2010). Consensus Building 2010 by Blended Participation in a Local Planning Process: The Case of the Public Stadium Swimming Pool in Bremen. In: D. R. Insua & S. French (Hrsg.), *eDemocracy. A Group Decision and Negotiation Perspective* (S. 323-344). Dordrecht: Springer.
- Lilleker, D. G., Pack, M. & Jackson, N. (2010). Political Parties and Web 2.0: The Liberal Democrat Perspective. In: *Politics 30* (2), 105-112.
- Neugebauer, G. (2007). *Politische Milieus in Deutschland*. Bonn: Dietz.
- van Biezen, I., Mair, P. & Poguntke, T. (2012). Going, going, ... gone? The decline of party membership in contemporary Europe. In: *European Journal of Political Research 51* (1), 24-56.
- Vogelmann, F. (2012). Der Traum der Transparenz. Neue alte Betriebssysteme. In: C. Bieber & C. Leggewie (Hrsg.), *Unter Piraten* (S. 159-174). Bielefeld: Transcript.
- Welzel, C. (2009). Werte- und Wertewandelforschung. Politische Partizipation. In: V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie: ein Studienbuch* (S. 109-139). Wiesbaden: VS Verlag.
- Wiesendahl, E. (2002). Parteienkommunikation parochial – Hindernisse beim Übergang in das Online-Parteienzeitalter. In: U. von Alemann & S. Marschall (Hrsg.), *Parteien in der Mediendemokratie* (S. 364-389). Wiesbaden: VS Verlag.